

Sozialistischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2–3. — Herausf. Amt Wilhelm 2646 und 5647

Nummer 9

Berlin, den 3. März 1923

3. Jahrgang

Kampf um den höheren Lohnanteil.

Die Wirtschaftskämpfe steigern sich in Deutschland. Der Grund dafür liegt in dem wirtschaftsschädlichen Verhalten der Unternehmer. Sie bilden sich ein, die Arbeiterschaft sei bis in alle Ewigkeit dazu verdammt, alle Lasten und Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems allein zu tragen, und zwar unter Dringen und Würgen, während die Unternehmer, Aktiengesellschaften und örtlichen Münzmeister mit ihrem Anhang fast respektlos ein vom hohem Lotterleben führen und in Fülle schwelgen.

Die Unternehmer pochen auf ihre Rechte und weisen immer wieder auf die Aschenbrödelrolle hin, die die Arbeiterschaft einzunehmen hat. Das geht wieder einmal deutlich aus der Denkschrift hervor, die die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zur Frühjahrslohnbewegung herausgegeben hat. Die Denkschrift enthält den Hinweis, daß in den Monaten Februar, März, April 247 Tarife für 1923/24 Arbeit und Arbeitserinneren ablaufen.

Geschäftswidrig ist, daß in dem Schreiben der Arbeitgeber auch die veralteten Wirtschaftsaufschreibungen vorgebracht werden, wie sie im deutschen Unternehmertum und bei ihren Vertretern vorherrschen. Dabei werden Aussichten in den Vordergrund gesetzt, die von wirtschaftlich fortgeschritteneren Ländern längst schon als Irrtum erkannt sind.

Sehr großes Gewicht legt die Denkschrift auf den in Deutschland hergestellten Kapitalmarkt und auf die Bildung von Eigenkapital im beschleunigten Tempo. Dazu ist Gewinn übrigbleiben, meinen sie; das ist sozusagen der Tropunkt. Der Gewinn kann aber nur von den Arbeitern und Arbeitserinneren herangewirtschaftet werden, weil nur ihre Tätigkeit Mehrwert bringt. Die deutschen Unternehmer erzielen also auf Kosten der Arbeiterschaft, der ja die Gewinne zur Bildung von Eigenkapital von ihrem Lohn heranziehen werden, eine Stärkung ihrer Macht in der Wirtschaft. Gegenüber will sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln wehren, um es ist nicht unbedingt Eigenkapital, buchstäblich herzünden aus den Knochen der arbeitenden Massen, zur Finanzierung der Wirtschaft notwendig. Wenn den Unternehmern am Ende der Bildung von Eigenkapital gelungen ist, so mögen sie mit einem Anhang einmal drei bis fünf Jahre so einfach leben, wie die Arbeiterschaft, mögen sie also zum Wohl des Unternehmens, wie sie immer betonen, sparen, doch ihnen die schwere Last, und vorbildlich sein, dagegen kann niemand mehr lassen bei der beschleunigten Bildung von Eigenkapital. Lange sie nicht sichtbar mit gutem Beispiel zwanzig Meilen drausgehen.

Die Arbeiterschaft verlangt den ihre vorbehalteten Anteil, einmal, weil sie mit ihren Angehörigen tatsächlich hungert, und anderer, weil er dringend notwendiger für die Ausführung der Produktionsstätten ist als das bedurch im beschleunigten Tempo bildete Eigenkapital.

Doch die Arbeitgeber in ihrer Schrift auch wieder auf die Forderungen des Steuerwesens an die Wirtschaft und auf Auswendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung hinweisen, war vorauszusehen. Sie geben dabei auch die Reichseinnahmen an, und zwar für 1914 mit 40,9 Millionen Reichsmark und für 1925/26 mit 101 Millionen Reichsmark, aber sie sagen nicht dazu, daß in solchen Summe wohl rund 1000 Millionen Reichsmark Lohnher und mehrere hundert Millionen Reichsmark in direkter Masse innerhalb enthalten sind, die nur letzten Endes in der arbeitenden Bevölkerung getragen werden. Die Aufwendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung hätten sich dahernd verdoppelt. Der Sozialrat hat sich nach den Angaben und verdoppelt, und zwar von 224 Millionen Reichsmark Jahre 1913 auf schätzungsweise 400 Millionen Reichsmark Jahre 1927. Dazu tritt aber doch auch die Arbeiterschaft redlich Teil von ihrem knappen Lohn bei. Wenn sie schon vergessen, daß das große Land ohne Sozialversicherung, wie Vereinigte Staaten von Amerika, private Versicherungen hat, und außerdem einen dreifach höheren Reallohn hat. Dabei bleibt die amerikanische Wirtschaft noch konkurrenzfähig. An diesem Vergleich gemessen, spart die Arbeiterschaft mit der gestiegenen Soziallast und dem Lohndruck immer noch Riesensummen.

Weiter wird die Gehaltsfrage aufgestellt, durch die ständige Erhöhung der Arbeitszeit — damit meinen sie die Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich — wird die für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr befähigte Produktionstechnik in der Ausnutzung der Produktionsmittel erzwungen. Diese Begründung ist falsch. In allen Industrie- und Handelskreisen, auch in Landwirtschaft, stand es bisher doch so, daß die Produkte zum nicht abgesetzten werden konnten, weil die Konkurrenz nicht vorhanden war, doch also deshalb die Produktionsmittel nicht ausgenutzt werden können, weil der Absatz fehlt. Nun soll die Verkürzung der Arbeitszeit die Ursache sein. Das verstehe, wer g. Wenn das wahr wäre, wie würde es da den Vereinigten Staaten Amerika gehen, die neuen mehrfach höheren Löhnen mit anderen Ländern in Wettbewerb treten und zur Fünftwoche, zur 42-Stundenwoche, kommen, also ihre Zeitzeit verkürzen? Hier folgen Tatsachen den fadenscheinigen Behauptungen der Arbeitgeber ins Gesicht. Es gehört dabei dazu, die Offenheitlichkeit immer wieder mit unwahren Behauptungen und fälschungsbezogenen Schlüssen beunruhigen und Rückstern zu wollen. Die Arbeitgeber erlauben sich die Schütteln in ihrer Schrift auf die gestiegenen Tariflöste hinzuweisen zum Ausdruck zu bringen, damit habe die Arbeiterschaft ihren Anteil am Aufstieg der Wirtschaft erhalten. Sie lassen allerdings dabei zu sagen, wie niedrig der Reallohn in Wirklichkeit, trotz Steigen des Lohnes, geblieben ist. Es kommt nicht auf die Höhe des Lohnes, sondern auf seine Kaufkraft und da muß man schon sagen, daß die nicht gestiegen ist. Die schwache Kaufkraft des Lohnes will sich ja die Arbeiterschaft erklären, um sie sich erklären, weil sie notwendig ist, um wichtige Rechte zu erhalten, das über eine Million Arbeitnehmer sind, daß darüber eine Minderheit von der Wirtschafts-

Aenderung des Betriebsrätegesetzes.

Am 26. Februar 1927 gelangten im Reichstag Entschließungen der sozialdemokratischen, demokratischen und kommunistischen Fraktion zur Annahme, die begreiflich dem Betriebsrat als Vertretung der Arbeiter und Angestellten nun unangenehm tödlich werden zu lassen, und die tätigen Mitglieder vor Nachteile, veranlaßt durch die Unternehmer, zu schützen.

Diese Entschließungen werden neben anderen Anträgen zu der gleichen Angelegenheit dem Sozialpolitischen Ausschuß überreicht. Der hat sie zusammen Ende des Vorfares und im Anfang dieses Jahres behandelt. Das Ergebnis war eine Gesetzesvorlage, die am 17. Februar zur Verabschiedung kam. Nach § 1 besteht der Zweck des Betriebsrätegesetzes in Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer (Arbeiter und Angestellte), dem Arbeitgeber gegenüber, und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke. Sie sollten errichtet werden in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen.

Seit Jahren ist die Beobachtung zu machen, daß die Unternehmer bestrebt waren, die Tätigkeit der Betriebsräte nach Möglichkeit zu sabotieren. Wer sich von den Arbeitern für Bildung eines Betriebsrates einsetzt, war nicht gesichert gegen Schädigung in seinem Arbeitsverhältnis. Je nachdem erfolgte Verletzung an einem anderen Arbeitsplatz, oder der Versuch des Hinausbugseraus aus dem Betrieb. Die Unzufriedenheit des Arbeitsmarktes und die wirtschaftliche Übermacht des Unternehmers begünstigte dieses Streben. Es kam weiter hinzu: mangelnde Beteiligung der Arbeiter an der Organisation, mangelnder Eifer der Kollegen, ihre Rechte als Betriebsräte zu wahren unter Einschränkung der Rechtsbestimmung, die das Gesetz immerhin, wenn auch nicht völlig ausreichend, enthielt. Das alles trug dazu bei, daß die Unternehmer in diesem Kampfe Erfolge brachten.

Das letztere zu verhindern, mindestens stark einzuschränken, sollte der Zweck der Gesetzesänderung sein, zu dem der Anstoß vor fast einem Jahre gegeben worden ist, und die nun zur Verabschiedung kam. Die sozialdemokratischen Anträge zum Schutz des Betriebsrätegesetzes der Arbeiter gingen weiter. Sie sind nur zum Teil in Veratung genommen worden. Der Rest ist einer späteren Gesetzesgebung vorbehalten. Hoffentlich unter einem Reichstag, der eine Machtverteilung zugunsten der Arbeiter darstellt.

Nun lassen wir das Gesetz im Wortlaut folgen, wie es am 17. Februar zur Annahme gelangte. Die Änderungen sind an dem Sperrdruck zu erkennen.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betriebsrätegesetzes.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verbindet wird:

Artikel 1.

§ 2a des Betriebsrätegesetzes erhält folgende Fassung: Der Betriebsrat hat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dabei sollen Minderheiten nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Kommt der Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nach, so hat der Arbeitgeber innerhalb vier Wochen einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestimmen, in dem in Betrieben mit Arbeitern und Angestellten beide Gruppen vertreten sein müssen. Der Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst.

Kommt der Arbeitgeber seiner Verpflichtung aus Absatz 2 nicht nach, so bestellt auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer der Vorsitzende des Betriebsgerichts einen Wahlvorstand aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern. Un-

terstützt ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte oder, sofern der Betrieb nicht unterliegt, die von der obersten Landesbehörde bestimmte Behörde.

Die Vorschriften der Absätze 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung eines Betriebsrats vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung einzuleiten und soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung nicht nach, so erlegt ihm der Vorsitzende des Betriebsgerichts auf Antrag eines der nach Absatz 3 wahlberechtigten durch einen neuen Wahlvorstand.

Artikel 2.

§ 95 des Betriebsrätegesetzes erhält folgende Fassung: Den Arbeitgeber und seinen Vertretern ist untersagt, ihre Arbeitnehmer in der Ausübung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Rechte zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen.

Artikel 8.

In Absatz 5 des § 99 ist nach dem ersten Satz einzufügen: Ist eine Betriebsvereinigung nicht vorhanden, so ist der Gewerbeaufsichtsbeamte oder, sofern der Betrieb der Gewerbeaufsicht nicht unterliegt, die von der obersten Landesbehörde bestimmte Behörde antragberechtigt.

Die erste Änderung, die einen Schluß der Minderheit bewirkt, ist von dem Mitglied der Bayerischen Volkspartei, dem Abgeordneten Schwarzer, beantragt. Es ist unschwer zu erkennen, daß als Schöpfer die christlichen und katholischen Gewerkschaften gemeint sind. Regel ist, daß mit diesen ohnedies gemeinsam in solchen Fragen gewählt wird.

Der Autzug, der den wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer das Antragsrecht gibt, ist von den sozialdemokratischen Mitgliedern im Verlaufe der Verhandlungen gestellt worden. Er wurde von den Sachwaltern der Unternehmer, vor allem Herrn Dr. Mademacher, noch im Plenum befürwortet. Ein Autzug auf Streichung wird aber in nahelicher Abstimmung mit 243 gegen 129 Stimmen, bei drei Enthaltungen, abgelehnt. Ein Autzug zum Schluß des "Selben" zur Einschaltung der Worte: "im Betriebe vertreten" wurde mit 247 gegen 133 Stimmen, bei drei Enthaltungen, abgelehnt.

Weitläufige Väter beider Autzüge waren Mitglieder der Deutschen Nationalen Volkspartei: Dr. Mademacher, Direktor der Deutschen Erdölgesellschaft bei der Oberbergdirektion Borna; Dr. Emil Guts-Müller in Großheringen; von Dresdner, Ob. Oberregierungsrat; Dr. Generaldirektor der Werke von Rohm & Haas, Hamburg; Dr. Weingärtner in Heilbronn; Dr. Weichert, Syndikus Industrieller Verbände, Berlin.

Zur Ausschlußberatung hatte der Kommunist Kädel den Entwurf als Fortschreibung der Sabotierung des Gesetzes, ja als Geschäftsbau bezeichnet, um danach anzuerkennen, daß es eine Verbesserung sei, der seine Freunde zustimmen würden. Es stimmen die Kommunisten im Ausschluß dafür, im Plenum dagegen.

Der Ausschluß hat ferner beschlossen: die Regierung zu ersuchen, auf Grund der bisher in der Praxis und Rechtsprechung hervorgebrachten Mängel und Erfahrungen eine Novelle (Ergebniszugesetz) zum Betriebsrätegesetz vorzulegen, und dabei die Autzüge und Entschließungen Nr. 1516, 1937, 2774, 286, 2019 als Material zu verwenden, soweit sie nicht durch das vorliegende Gesetz erledigt sind.

Auch diese Entschließung gelangte zur Annahme. In den Entwurfsnotizen sind eine Reihe sozialdemokratischer Anträge enthalten.

Aug. Brey.

fürsorge durchgeschleppt werden müssen. Diese Arbeitslosen mit ihren Angestellten leiden alle Hunger und Not. Den nach Arbeitenden geht es zum Teile nicht besser. Das kennzeichnen die Untersuchungen der Schulen in Städten und Dörfern. Dabei haben die Arzte, manche schließlich gegen ihren Willen, feststellen müssen, daß 40–60 und mehr Prozent der Volksbücher unterernährt sind und mit daraus entstehenden Krankheitserscheinungen belastet sind. Diese hohen Hungersfolgen sind trotz des gestiegenen Anteils der Arbeiterschaft am Anteil der Wirtschaft. Sie strafen die angeblich richtigen Feststellungen der Arbeitgeber Lügen.

Die Wirtschaft sieht also ganz anders aus. Und die ist es auch, die die Arbeiterschaft stützt, sich einen höheren Anteil herauszuholen, wenn nicht anders möglich, dann durch wachsenden Kampf mittels Streik, Demonstration und ähnlichen Mitteln mit dem Arbeitgeber nicht anders möglich, dann durch wachsenden Materialismus, als die Sucht nach Geld bereit zu sein, sie werden dadurch die Arbeiterschaft nicht abhalten können, ihr eigenes Recht zu fordern und zu erlösen, weil Menschenstolz ihnen gebietet. Die Verantwortung für sich und die Familie drängt zu den Forderungen, die die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft vertreten.

Weil aber auch die Dinge so stehen, daß die Arbeitgeber bei gewissenhafter Pflichterfüllung als Wirtschaftler der Arbeiterschaft größere Rechte, einen breiteren Einfluß und einen höheren Anteil am Produkt einräumen können, ohne etwas zu verlieren, deshalb drängen die Gewerkschaften mit aller Kraft auf eine Aenderung und Beseitigung zugunsten der Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, die Meinungsverschiedenheiten der Produktion zum Nutzen zu bringen, indem sie handeln. Im Sinne ihrer Denkschrift kann es jedoch nicht geschehen.

Fritz Tarnow schreibt in seinem lebenswerten Buch „Müssen wir arm sein?“: „Lohnverhältnisse und die dadurch bewirkten Verbrauchssteigerungen wirken produktiv und tragen damit in sich selbst die Mittel zu ihrer Befriedigung. Wir beantworten also die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entschiedenen Nein. Ungesichts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirklicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Güterversorgung schon nach dem heutigen Stand der arbeitswissenschaftlichen Ergebnisse noch unverzehbar ausgedehnt werden könnte, ist Armut kein ökonomisches Phänomen eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“

Die Arbeiterschaft ist gewillt, die soziale Krankheit, die auf den Arbeitgebern lastet, zu heilen. Mögen die Arbeitgeber nicht zurückziehen, helfen sie nicht davon, wenn die Arbeiterschaft ihre eigenen Wege geht und den Kampf um den höheren Lohnanteil an und damit um die Fortwärtsentwicklung der Wirtschaft gegen die Arbeitgeber führt.

Metallkonflikt in Mitteldutschland beendet.

Im Mitteldutschland hatten die Metallindustrien 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen eingesperrt, und die Ausschaltung der Metallarbeiter für Deutschland war von der Industriellenorganisation zum 22. März angekündigt. Dieser Ausschluß benützte das Reichsarbeitsministerium zur Beliegung der Grundsätze. Es gab vor im öffentlichen Interesse zu handeln.

Als amtierender Schlichter wurde Herr Ministerialrat Dr. Hausschild, Weimar, mit dem Fall betraut. Er sollte einen

neuen Schiedsprüchen, in dem 5 Pf. Stundenlohnzulage für die Metallarbeiter festgelegt wurde. Der Reichsarbeitsminister erklärte darauf die in dieser Sache gefällten Schiedssprüche am 18. Februar, trotzdem sie von beiden Tarifpartnern abgelehnt worden waren, für verbindlich.

Die Metallindustriellen hatten für den Fall, daß die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitserklärung weiter streiten und nicht in die Betriebe gehen, den Aussperrungsstermin auf den 20. Februar verschieben. Von dieser "Vorsichtsmaßnahme" wird jedoch kein Gebrauch gemacht werden; denn die mitteldeutschen Metallarbeiterfunktionäre beschlossen am 22. Februar auf ihrer Konferenz in Halle nun nach der Verbindlichkeitserklärung den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder anzunehmen. In der Kündigung der Zentralstreitleitung heißt es:

"Wenn wir wieder in die Betriebe hineingehen, so nicht deswegen, weil wir besieg sind, sondern weil durch die Verbindlichkeitserklärung der Fortführung des Kampfes Einhalt geboten wird. Wir gehen in die Betriebe, weil wir, über den Tag hinauschauend, wissen, daß bei einer Fortführung des Kampfes trotz des verbindlich erklärten Schiedsspruches das von den Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten angestrebte und erreichte, wenn auch sehr verbesserungsbefürchtige Tarifvertrag recht in Gefahr käme und daher nur den Interessen des gesamten Unternehmertums gedient würde. Der kämpfenden Kollegenschaft nicht nur allein, sondern der Arbeiterschaft Deutschlands wird zwangsläufig hiermit der Weg gewiesen."

Damit liegt die Zentralstreitleitung ihren Kollegen das, was verantwortliche Gewerkschafter und überlegte Arbeiter in solchen Fällen sagen müssen.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter haben sich tapfer geschlagen. Wenn sie keinen vollen Sieg errangen, so mögen sie die Lehre aus dem Kampfe ziehen, daß die Arbeiterschaft allerorts noch viel eingerichtet sein mussen, wenn sie entscheidend siegen wollen.

Geplante Verschlechterung der Arbeitsversicherung.

Die Bürgerblockparteien, darunter selbstverständlich auch das Zentrum, brachten eine Interpellation an den Reichstag, worin eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter verlangt wird. Direkt wird darin gesagt, die Arbeitslosenversicherung sei mit Schuld an der Landflucht. Viele Arbeitkräfte, vor allem junge Leute, wanderten im Sommer in die Stadt, da sie dort besser verdienen konnten, und während der Wintermonate seien sie auf dem Lande durch die Arbeitslosenversicherung gehalten. Dieser Zustand müsse durch Erhöhungsklausuren in der Arbeitslosenversicherung unterbunden werden. Unser Kollege August Breu wandte sich im Reichstag ganz entschieden gegen die eingeholte Interpellation. Er führt dazu aus:

"Alle übeln Kritiken, die unter Führung des Landbundes gegen dieses Gesetz erhoben wurden und haben in dieser Interpellation Aufnahme gefunden. In der Schulfrage konnten die Koalitionspartheien sich nicht einigen, aber hier, wo es sich um eine Schlacht gegen die Arbeiterschaft handelt, ist aller Streit verschwunden. Es wäre angehoben interessant, welche Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre des Zentrums für die Wiedereinführung der Bedarfssatzung und zum Abzug der Versicherungsleistungen stimmen würden. Denn darauf zielt doch die Interpellation ab. Der Bescheid der Reichsanstalt vom 16. Dezember 1927, wonach die Arbeitssämtler Wiederstände der Unterstünder enthalten sollen, ist ungerechtfertigt. Wir erwarten, daß er wieder aufzuheben wird."

Auch unsere lippischen Sieglerkollegen haben recht getan, daß sie auf ihrer Landestagung in Lemgo in einer Entschließung sich gegen die Bemühungen der Bürgerblockparteien und den ehemaligen Gewerkschaften des Landbundes wandten.

Man kann diese Taten, vor allem des Zentrums, gegen die Arbeiter festhalten, denn es gibt immer noch Zentrumsschänder in der Arbeiterschaft, die solche Taten ihrer Vertreter nicht für möglich halten.

Tarifkommissionssitzung der deutschen Weißhohlglassindustrie.

Am Sonntag, den 12. Februar, kamen die Tarifkommissionen der Gruppen 1 bis 6 zu einer gemeinsamen Tagung in Leipzig zusammen, um zum Ablauf der Lohnabkommen in den einzelnen Gruppen Stellung zu nehmen. Es gilt, durch entsprechende Maßnahmen und Beschlüsse für die kommende Tarifperiode im Interesse der Kollegen in der deutschen Weißhohlglassindustrie vorzubereiten.

Wiederum waren: 2 Kollegen des Hauptvorstandes, 3 Kollegen der Branche Glas des Keramischen Bundes, 5 Branchenleiter, 13 Kollegen aus dem Beruf, sowie 7 Wahlstellenangestellte als Mitglieder der beteiligten Tarifkommissionen.

Zu seinem Einleitungsspeech gab Kollege Grüngel bekannt, daß nach langen Bemühungen unsererseits nun endlich der Metalltarifvertrag für die deutsche Weißhohlglassindustrie für allgemein verbindlich erklärt werden soll. Die Außenleiter der früheren Verbandsgrenze für Arbeitgeberlagen werden durch vorliegende Allgemeinverbindlichkeit gezwungen, nach den Bestimmungen des Metalltarifvertrages arbeiten zu lassen, resp. zu handeln.

Der Zeitraum sind die Verhandlungen der deutschen Weißhohlglassindustrie zentral gestellt worden. Das Verhalten des Schafferganges, vor allem aber das einzelner Arbeitgeber, sollte im Verhältnis zur zentralen Verhandlung von zentralen Verhandlungen. Als Ausweg wurde in den letzten Jahren zu Schiedssprüchen gegangen, um so nach endlosen Verhandlungen einiges zu beruhigen. Arbeitgeber zu kommen.

Betriebsräte können die bestehenden Lohnsätze nicht acht ausleben, zumal dort nicht, wo die angerührten Schiedssprüchen den Mittag der Arbeitgeber allzu offen steht, bestätigt werden.

Es wäre nach Abschluß des ehemaligen Montagsitzung für die deutsche Weißhohlglassindustrie zu erwägen, ob unter besonderer Berücksichtigung der Gruppen 3 und 5 bei der Schiedsspruch und Ausgleich im Weißglas nicht der zentralen Verhandlungen in diesem Jahr wieder zu nehm. Es scheint sich aus Verhinderungen einiger Dörfer des Schafferganges heraus zu stellen, daß der zentrale zentrale Verhandlungen ebenfalls übernommen werden sollten. Es ist zu erläutern, wie die Arbeitgeber bestimmt, denn nicht ohne die Schiedssprüche in der Schafferganges Verhandlung zentralen Verhandlungen schließen.

Ein Abschluß ist zwischen Verhandlungen nicht, die Gruppe 3 der Keramischen Bund bestimmt noch nicht, der allem kann nicht, wenn der Schafferganges durch zentrale Verhandlungen statt, nur zu einer eingeschränkten präzisen zentralen Verhandlung zu kommen. Grundlage bei einer zentralen Verhandlung der Gruppen 3 und 5 ist die zentrale Verhandlung der Gruppen 3 und 5, vor allem aber die zentrale Verhandlung der weiblichen Arbeitkräfte in der Weißhohlglassindustrie. Die zentralen Arbeitnehmer haben über den Tag, den sie gegenwärtig im Interesse aller Beschäftigten in der Weißhohlglassindustrie zu beschützen haben, zu bestimmen. Die zentralen Arbeitnehmer der Gruppe 3 ist zentralen Verhandlungen zugestimmt die Arbeitnehmer des Rechtes mit weiterem Bezeichnung.

In der zentralen, zentralen Tätigkeit, an der nicht alle Arbeitnehmer beteiligt, wurde vor allem die Tätigkeit der Arbeitnehmer auf verschiedene Tätigkeiten nach dem Rhythmus

seitens der Arbeitgeber stark kritisiert und die hervorragend einheitigkeitsbedeutend. Infolge dieser Einstellung der Firmenvertreter entstehen des öfteren soziale Streitigkeiten, die bei richtiger Anwendung der tariflichen Bestimmungen des § 7, Absatz c vermieden werden könnten und sicher auch den vorgeworfenen tariflichen Schiedsstellen nicht soviel Arbeit bereitstellen. Die Arbeitgeber, sowie der Schuhverband haben sich endlich von dem Gedanken frei zu machen, der Richtlinie sei die Maximalverdienstgrenze. Nach den tariflichen Bestimmungen ist doch als feststehend zu betrachten, daß der Richtlinie bei allen Sortenauflösungen als Mindestgrenze zu betrachten ist.

Alle Konferenzteilnehmer waren sich einig, daß wesentliche Verbesserungen in der Lohnfrage bei Stunden-, Zeit- und Schichtlöhnen, sowie bei Arbeitern kommen müssen. Die bestehenden Unterschiede im Richtlinie in den einzelnen Verbandsgruppen sind auszugleichen, da sie jeder sozialen und wirtschaftlichen Grundlage entbehren.

Bei den unüberblickbar bestehenden Gegensätzen in den einzelnen Gruppen glaubt die Konferenz, sich vorläufig zentralen Verhandlungen gegenüber ablehnend verhalten zu müssen. Die Verhandlungen sollen augenblicklich noch, wie im Metalltarif § 7, Absatz a, vorgesehen, bezirklich erfolgen. Bei den immer noch vorhandenen Unübersichtlichkeiten in den einzelnen Lohnräteln nimmt die Möglichkeit des notwendigen Ausgleichs gegeben sein, aber auch die Möglichkeit, besondere Belange der einzelnen Kategorien nach Arbeitsleistung wirksamer zu vertreten. Nachdem die Frage des Zwischenmeistersystems anstrengend besprochen worden ist, beschloß die Konferenz für die Gruppen:

1. 1, 2, 3, 4, 5 techn. Branche und 6 einen einheitlichen Richtlinie von 55 RM. pro Woche zu fordern. Die Thüringer Glasbaustadt bleibt 10 Proz. unter diesem Richtlinie.
2. Eine allgemeine Lohnhöhung von 15 Proz. für alle Aufforderer.
3. Die Ausarbeitung zur Regelung der Löhne der Stunden-, Zeit- und Schichtlöhner, sowie der weiblichen Arbeitskräfte erfolgt gruppenweise. Dabei soll ein Stundenanzahltag von 10 bis 15 Pf. je nach Kategorie und Alter, als Richtlinie gelten.

Die anwesenden Vertreter des Hauptvorstandes wiesen vor Beendigung der Konferenz darauf hin, daß sie mit regem Interesse der Tagung gefolgt seien. Es wird nun bei Beratungen des Hauptvorstandes zur Kündigung der Lohnverträge leichter, Beschlüsse im Sinne der Kollegen in der Weißhohlglassindustrie zu fassen.

Nach stürmiger Tagung wurde die Konferenz geschlossen mit dem Hinweis, jetzt gilt es noch, alle Kräfte zu sammeln, damit der Weg zur Verbesserung der Lebenslage aller Beschäftigten in der deutschen Weißhohlglassindustrie gemeinsam beschritten werden kann. Ist der An- und Aufstieg auch schwer, die gute Organisation, sowie der bekannte Opfermut und die Disziplin der Kollegen und Kolleginnen in der Weißhohlglassindustrie werden uns helfen, alle Hindernisse zu beseitigen. Deshalb frisch aus Werk, der Erfolg muß unterm werden! M. Krebs.

Rauscha.

Seid ungefähr einundhalb Jahren herrscht im Betrieb der Metallhütte in Rauscha ein Betriebsleiter namens Brundt, der unseren Kollegen von seiner Tätigkeit in Nürnberg durch frühere Berichte im "Fachgenossen" bekannt sein dürfte. Der Mann ist aus Sparierlichkeit, soweit sie auf Kosten der Arbeiterschaft geht, ganz besonders bedacht. Es sei erwähnt, daß unsere Kollegen in dem Betrieb des öfteren unter schlechtem Glas zu leiden haben. Das wäre nicht so schlimm, wenn, wie es der Zentrale bestimmt, alle die Flaschen, die infolge schlechten Glases weggeraten werden, auch bezahlt würden. Aber hier singt Herr Brundt zu sparen an; denn der Rückenbruch und ebenso die von schlechtem Glas hergestellten Flaschen wandern in den Auslaß. Nach der Schicht können dann die Kollegen reklamieren. Mit welchem Ton aber die Kollegen empfangen werden, ist ein Kapitel für sich. In fast jedem Fall ist aber die Betriebsleitung von ihrer Absicht, die Kollegen schädigen zu wollen, um nicht deutlicher zu werden, überzeugt worden. Die Entschädigung des Bruches und des schlechten Glases erfolgt aber dann wieder nur zu einem Teil. Um einen kleinen Einblick in die Art der Behandlung der Arbeiterschaft und Betriebsführung zu geben, seien folgende Tatsachen der Öffentlichkeit übergeben. Einem jahre alten Arbeiter, der ein Monatshonorar bei der Firma gearbeitet hat, fand Herr Brundt in seiner Wohnung aus Dienstlichen Gründen auf. Als er diesen alten Mann anspricht und derselbe nicht aufsteht, fährt er ihn in schroffer Ton an: "Stehen Sie doch auf, wenn ich mit Ihnen spreche". Das wurde diesem alten Mann in seiner eigenen Wohnung gebeten. Wenn an einem Tage die Leistung etwas niedriger ist als allgemein, erhalten unsere Kollegen sofortliche Ausförderung, ihre Leistung zu erhöhen. In einem solchen Brief befand sich ungefähr folgende Wörter: "Sie haben nos Sonntag so reizig in das Bett liegen, daß Sie Montag mit besonderer Kraft Ihre Arbeit verrichten können!" Dem Brundt ist noch ein Betriebsleiter namens Gutbier beigegeben. Dieser benutzt anscheinend seine Zeit dazu, um sich als Ringkämpfer auszubilden. An einem Tage rief er nach Arbeitsstabs einen lächerlichen Kollegen auf der Straße nach: "Bringe mir doch den Zungen einmal zurück!" Auch Punkt und Bewegung fielen die Neuerungen nur an den bestimmten Gründen. Als dieser Gutbier seinen Totendrang hier nicht befriedigen konnte, ging er in den Betrieb zurück und stieß dabei auf einen anderen Kollegen, der Mitglied des Betriebsrates ist, und vergüßt sich an denselben tödlich, aber mit dem Ergebnis, daß ihm hier genau so schlagartig geantwortet wurde, als er selbst begonnen hatte. Im Vorjahr hat die Betriebsleitung eine Anzahl Strafen und Verweise gegen die Arbeiterschaft verhängt, die sie allerdings als zu Unrecht im enthalbigen Etage wieder zurücknehmen mußte. Hat sich diese Betriebsleitung dadurch eigentlich selber erledigt, so beweist dieser Fall, daß eine Beherrschung nicht eingetragen ist. Wie steht es nun mit der technischen Leitung? Im vorjährigen Herbst wurde gegen Orientierer der Hüttenfabrik geföhrt und neu. Heute leben die Kollegen bereits schon wieder vor dem Arbeitshaus, weil die Wartungsarbeiten bereits schon heruntergeholt sind. Nun sucht man noch den Ursachen, die man scheinbar nicht haben kann. Sie müssen dabei der Betriebsleitung etwas beklagen, und sie daran erinnern, daß unter der Betriebsleitung am 15. Oktober das Glas in den Ofen gelassen wurde, so am 17. Oktober, also zwei Tage später, der Ofen schon wieder Schmelzen stand. Aber nach der Betriebsleitung unterrichten, ob das nicht eine der Ursachen war. Diese kurzen Ausführungen lassen den Kollegen im Betrieb ein Bild geben, unter welchen Zuständen die Kollegenschaft in diesem Betrieb hier zu arbeiten hat. Der Firma aber kann diese Zeilen wahrend gewidmet. Es kann nämlich die Möglichkeit eintreten, daß er Vorsatz und die Ruhe der Kollegen bei einem solch provozierenden Verhalten einmal eine Gabe finden.

Ernst Mühle

Zurückzuhören rügen die Betriebsratswahlen wieder in den Vorberatung des Aufgabenkreises der arbeitenden Bevölkerung. Diese Wahlen sollen zwar allgemein im Monat März getragen werden. Die Betriebsleitung der Deutsch-deutschen Glasfabrik Rötha-Rosenthal aber gab schon am 20. Januar 1928 ein besondere diesbezügliche Anweisungen.

Ob die Anerkennung und die freudige Erfüllung des BMG die Teilnahme der Arbeiterschaft am Produktionsprozeß, der Betriebsdemokratie, die Betriebsleitung wohl dazu bestimmt?

Der ist es eine begrenzte Taktik gewesen? — Doch sei

sofort nach Ausschreibung der Wahl waren wieder Mitarbeiter, bisherige Betriebsräte und später, auch der unabhängige Vorsteher des Pappensieker, bereit, dieses Amt zu übernehmen. Ein ganz besonders auf einen Betriebsratssprecher ausreichender "Arbeitskollege" erklärte dem bertigen Betriebswirtigen Herrn Dr. Lüdken, er lasse sich nur auf die Wahl für die Firma und in Sinne der Firma tätig sein zu können — Auch ein Grundatz! Man bedient sich wohl der Verräter, aber man achtet nicht.

Doch Wahltag — ist Wahltag.

Und die am 14. Februar erfolgte Wählung durch die genommene Betriebsratswahl gilt dem bisherigen, mehr für Stahlhelm als sich für Betriebsaufgaben interessierenden abgesagten Betriebsratsvorsitzenden, aber auch der Werksleitung.

Wir glauben nicht an die Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit des Produktionsmittelhaber im allgemeinen, besonders nicht an den Vertreter dieser Klasse aus der Oslon. Wir glauben nicht an die Menschlichkeit des Kapitalismus. Wir glauben nicht und können nicht daran glauben, solange wir noch Tag für Tag um unsere in der Verfolgung und anderen Geschäfteten verbürgte Rechte, um den Ertrag unserer Arbeit, um unser reicherstes Eigentum kämpfen müssen.

Dieser Kampf, den wir heute kämpfen, geht nicht allein um Brot.

Dieser Kampf geht in heissem Ringen um die menschliche Geltung überhaupt.

Wir glauben nicht an die Versprechungen der Unternehmen, denn täglich müssen wir das Gegenteil von der Rechtschaffenheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit der Industrie allgemein am eigenen Leibe erfahren.

Aber daran glauben wir, daß einmal der Tag kommt, der es uns ermöglicht, jene Kräfte, die heute noch in Zeiten der Nationalisierung sinn- und planlose Wirtschaft, rücksichtlose Ausbeutung treiben, zu bändigen.

Daran glauben wir, und der Glaube lebt mächtig an.

Aber daran glauben auch die Arbeiterschaft der Firma Delitzsch, die sich für die Arbeiterschaft verlebten die neu getätigten Betriebsratswohl. Von 347 abgegebenen Stimmen erhielt die Liste der freien Gewerkschaft 301 Stimmen, die Gelben 38, ungültig waren 8 Stimmen. Diese Tatsache wird und kann von Herrn Dr. L. nicht übersehen, und dem Allgemeininteresse wäre es nicht zweckdienlich, wenn er weiter wäre ein Teil von jener Kraft.

Unverständlich und unbegreiflich aber ist das Verhalten dieses Herrn Doktors, welcher in seiner Vergangenheit als Vertreter des Unternehmers die von Stahlhelmlisten geleitete Wahl ansetzen möchte!

Ende aber, ihr neu gewählten Betriebsräte und ihr alle, die auf der Glasfabrik Delitzsch tätig seid, schafft nun das Recht, das man euch solange vorerhalten hat.

Also auf zu frischer Arbeit!

Chre seinem Andenken!

Bahlstelle Rauscha.

Am 17. Februar, nachts, riß der Tod durch einen tragischen Unglücksfall von Unterneubrunn nach Rauscha unterhalb Überneubrunn unseren Kollegen und Genossen, den Bahnmeister Edw. in Beimann an, aus unserer Mitte. Als Vater begründet unserer Bahlstelle sowie des bietigen Konsumvereins stand er jederzeit aktiv in der vordersten Reihe und erschien regelmäßig der Pflicht nicht nur als Mitglied des Vorstandes Konsumverein, sondern in den letzten Jahren auch als Betriebsratsmitglied. Ein Tod ist für uns ein schwerer Verlust, seine Freude und Aktivität aber wird bei uns weiter leben und anspornen, das von dem Dahingeschickten so geforderte Verteilungsfreier Solidarität weiter zum Siegreichen Ende zu führen. Chre seinem Andenken!

Stolberg.

Der langjährige Direktor der Stolberger Tafelglashütte, Georg Gebr. Sigmar, Franz Stang, hat in seinem Büro erschossen. Die Ursachen zu der unglücklichen Tat sollen in zerrütteten Vermögensverhältnissen zu suchen sein. Mit diesem Todestal dürfte leider auch feststehen, daß die seit Jahren zum Teil stilliegende Betriebe nicht mehr voll eröffnet wird.

Berlin.

Kristallglasschleifer Kollegen, die in Berlin Arbeit anzunehmen beabsichtigen, werden im eigenen Interesse dringend ersucht, sich vorher mit unserem Arbeitsnachwuchs Engelseter 24/25 (Gewerkschaftshaus), in Verbindung zu setzen.

Kündigung des Lohn- und Überzeiterabkommen.

Die Centralbankenleitung hat die beiden Abkommen über Lohn und Arbeitszeit in der feinkeramischen Industrie mit laufend zum 31. März d. J. gekündigt. Damit sind alle Verträge für die feinkeramische Industrie, der Reichsmittelvertrag der Lohnvertrag und der Vertrag über die Mehrarbeit gekündigt. Die genannten Verträge kamen im vergangenen Jahre, nachdem erst ein mehrwöchiger Kampf von der Arbeiterschaft geführt werden musste, der wiederum eine Aussperrung seitens der Arbeitgeber auslöste, durch Schiedsspruch zustande. Das Reichsministerium sprach die Verbindlichkeit der gesetzlichen Schiedssprüche aus und beendete damit den Kampf.

Mit ist endlich der Peinlichkeit herangekommen, den Kollegenschaft solange herbeizuhauen. Ein Jahr ist eine etliche lange Zeit für die Dauer eines Lohnarbeitsvertrages, wenn die Preise und die sonstigen Lebenshaltungskosten so schnell Sprünge nach oben machen, wie dies in den letzten zehn Monaten vor sich ging. Für die Kapitalistische Lebensverhinderung mögen die Vorgänge recht erfreulich gewesen sein, schlimm hatte jedoch die Arbeiterschaft darunter zu leiden; denn es wurden ihr nicht nur die paar wenige Lohnzulagen auf die Weise wieder eingeschlagen, sondern noch mehr dazu. Die Arbeit und Arbeitserinneren können ein Lied davon singen. Die Arbeitshölzer brachte ihnen materiell gar nichts. Nach der Lohnhöhung in der feinkeramischen Industrie stand es bei den Arbeitern und Arbeitern.

Trotzdem sie sich in den Betrieben abstrafen für eine Schuldhaft, vor allem die Betriebsräte, trotzdem sie mehr arbeiten, und den legten Rest an Körper- und Steuerabgaben, fanden sie mit ihren Verdiensten in besten Konjunkturzeiten auf keinen grünen Zweig. Je mehr sie sich anstrengten, desto weniger Welt belohnen sie. Es sei nur an einigen Drei- und vierhundert erinnert. Wie haben die Peinlinger betrieben, und fast immer blieben sie dem nächsten Altkordbassiek liegen. Sie wurden für ihre Leistungen bestraft. Anderen Altkordbassiek wurden die Leistungsqualitäten nicht besser als. Den Betriebsräten wurden die Leistungsqualitäten einfach weggestrichen, so daß sie trotz Überleistungen zu Mindestlöhnen degradiert wurden. Das traf bei vielen an den Herren. Aber was kostete das die Porzellanfabrikanten. Keiner Gefühlte findet sie erhaben. Wenn sie nur die Arbeitern demütigten, könnten sie wieder ihre Prinzipien gerettet. Dieses geradezu verbangvolle System wird den Porzellan- und Steingutindustrie eines Tages große Schwierigkeiten bringen.

Sie die rostigeren und entwürdigende Methode einzuführen. Fabrikanten willte, soll ein kleines Ergebnis aus einer

Komplikation kennzeichnen. Nach einem Referat meldete sich in der Plausprache eine Frau zum Wort. Mit trauriger Stimme schilderte sie ihre Gefühle, und was sie empfand, wenn ihr Mann ihr seine 26 RM Wochentilgung auf den Tisch legt, von denen sie — der Mann und drei Kinder — leben sollen. Sie können nicht damit auskommen, weshalb sie mitarbeiten muss. Nun hat sie doppelte Last und Sorgen. Sie lebt dauernd in höchster seelischer Spannung, im Betrieb bei zermürbender Arbeit, und der Sorge um die drei sich selbst überlassenen Kinder und um das notdürftige Durchkommen mit dem spärlichen Doppelinkommen. Dann empfindet sie noch Scham, dass ihr großer starker Mann, der abends fast völlig ausgepumpt und erschöpft heimkommt, nur 26 RM Geld in der Woche bringt. Diese Schilderung war nicht nur tragisch und ergriff das härteste Herz, sondern sie war empörend für die Anwesenden und schämend für eine Industrie zugleich. Solche Fälle sind gar nicht so selten. Andere Feststellungen bestätigen sie bundertsfach. Ist es nicht überaus traurig für die Einkommensverhältnisse eines großen Teils der Porzellanarbeiter, dass in der Porzellankindheit über 40 Proz. und in dem Porzellanunternehmen über 50 Proz. der Schulkinder bei den ärztlichen Untersuchungen als unterernährt befunden wurden? In solchen schlimmen Verhältnissen sollte die Oberschicht nicht so gleichgültig vorgehen; denn es ist für Volk und Wirtschaft wichtigstes Gut, Arbeitskraft, die aus dieser Weise aufgerückt ist.

Das sind nicht etwa selte Ausnahmen, die hier kurz in ihren folgeschweren Auswirkungen festgehalten wurden, sondern Regelmäßigkeiten. Hier müssen Änderungen eintreten. Wenn es notwendig, dass in erster Linie die niedrigsten Verdienstgruppen in ihren Löhnen gehoben werden müssen. Wenn die Unternehmer das Bestreben zeigten, die Mindestlöhne für Hochleistungen als genügend Entgelt zu betrachten, so müssen eben die Mindestlöhne ganz erheblich gesteigert werden. Ein anderer Ausweg gibt es nicht.

Die Unternehmer und ihre Vertreter werden jetzt schon darauf hingewiesen, damit sie sich eintheilen dazu vorbereiten. Es sollte ihnen eigentlich nicht schwer fallen; denn sie lassen sich alle nun dringend notwendige Lohn erhöhung bereits seit April 1927 in der Form von Preissteigerung bei flottem Geschäftszug im Vorans von ihren Abnehmern geben, haben sie also von zehn Monaten in der Tasche. Sollten sie aber kein Einsehen haben und das Spiel vom vorigen Jahr wiederholen, dann ist es erst recht nicht bange. Wir können ihnen heute schon versprechen, dass ihnen der Kampf keinen Angen bringt wird. Und ob sie ihre Fabrikanten wieder zu einem solchen Streich bringen werden, ist auch noch eine Frage. Nicht weniger als 50 000 bis 80 000 RM Produktionsaufwand müssen verschiedene Unternehmen infolge der Aussperrung auf sich nehmen. 25 Wochen müssten sie Überstunden und schärfste Anstrengung verrichten lassen, ehe sie den Produktionsaufstand wieder eingearbeitet hätten. Die Porzellanarbeiterchaft hat sich auch zu überlegen, wie sie in künftigen Zeiten noch so bereitwillig Überstunden machen will, um den kampfwütigen Fabrikanten aus der Tasche zu helfen. Wenn sie ihre Aussperrungswut nicht ängeln können, dann mögen sie auch die Folgen ihrer unüberlegten Handlungsweise tragen und vor den Aktiönen verantworten. Die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie mögen sich aus dem Kommende einstellen.

Ng.

Manteltarifforderungen.

Der Reichsmanteltarifvertrag für die feinkeramische Industrie ist von beiden Vertragspartnern gekündigt worden und tritt zum 31. März 1928 ab. Die organisierte Kollegenschaft nimmt in vielen Orten recht regen Anteil an der Tarifbewegung, das zeigen am besten die überfüllten Versammlungen, die zu diesem Zweck in den Fabrik- und Zahlstellenräumen abgehalten werden. Wenn was los ist, sind die Porzelliner da. Diese Haltung ist nicht immer richtig, aber es wirkt sehr erfreulich, dass auch die Saumseligen bei derartigen Gelegenheiten wieder einmal mitgerissen werden. Hauptsächlich wirkt die Tarifbewegung auch etwas über ihren eigentlichen Zeitpunkt hinaus und bleibt die Anteilnahme am Organisationsleben und -wirken immer tüchtig. Es lehnt wie die Anteilnahme der Kollegenschaft an der Tarifbewegung im allgemeinen ist, so lebhaft ist auch die Mitwirkung der Zahlstellen an der Neugestaltung des Reichsmanteltarifvertrages, wie an der auch dringend geordneten Verbesserung des Rahmenabkommen, dessen Kündigung bevorsteht, und an der des Überzeugungsabkommen. Es gibt wohl keine Zahlstelle, die in dieser Hinsicht nicht Interesse zeigt.

Zu den Manteltarifverhandlungen haben eine Menge Zahlstellen bereits ihre Forderungen und Wünsche an die Branchenleitung gelangen lassen. Unsere bestorganisierte Zahlstelle Hanau war eine der ersten, die auf dem Plan erschien. Zu ihr gesellten sich noch Arzberg, Breslau, Coburg, Colditz (Murzen), Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Elmshorn, Eisenberg, Frankfurt (Oder), Freiberg, Fürstenberg, Hohenberg, Magdeburg, Margarethenhütte (Bautzen), Marktredwitz, Meißen, Nöttingen (Düsseldorf), Scheibenberg, Rudolstadt, Schönwald, Schorndorf, Stuttgart, Stadtilm, Teltow (Berlin), Tirschenreuth, Waldenburg, Wallhausen, Wittenberg. Täglich treffen aus den Zahlstellen neue Anträge ein. In der Hauptstelle laufen die Forderungen auf Erleichterung in höhere Ortsklassen, Verbesserung des Urlaubs, Lohnzahlung und Verkürzung der Beratungsduer hinzu. Um einzelne wird gewünscht, die Paragraphen 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 34, 35, 36 und 57 zu ändern bzw. zu verbessern. Da die Branchenleitung natürlich nach Vorschläge zu einer Menge Paragraphen hat, lädt sich sagen, dass das Allgemeinstreben darin geht, den Reichsmanteltarifzugunsten der Arbeiterschaft umzustalten. Da die Unternehmer das Entgegensetzen erwirken wollen, werden Kämpfe mit der Neugestaltung verbunden sein, nicht minder auch mit der Verbesserung des Lohn- und Überzeugungsabkommen. Die Verhandlungskommission braucht dazu den geschlossenen Rückhalt der Kollegenschaft.

Wo noch Fernsprechende vorhanden sind, müssen sie dem Verbande angeführt werden; damit sie nicht indirekt von den Unternehmern als Hilfsgruppe für ihre Zwecke in Bewegung gebracht werden. Die Kollegen und Kolleginnen der feinkeramischen Industrie müssen sich stets vergegenwärtigen, dass nur eine einheitlich vorgehende rechts organisierte Arbeiterschaft den Unternehmern etwas abzuringen vermag. Ohne Order und ohne Kampf gewinnt eine Organisation nichts; denn freiwillig zieht ein Fabrikant einen Pfennig, gibt er seiner Arbeiterschaft jedoch nichts.

In jedem Fabrikort sind Anträge zu machen, den nichtorganisierten den Ernst der Lage klar zu machen und sie zum Verbande einzuführen. Von der Anteilnahme am Organisationsleben, von der Führigkeit der Spitzen, Personale und Belegschaften in den Betrieben, von der Erfolgsbereitschaft für die gemeinsame Sache, von der Willigkeit und Einordnung jedes einzelnen Mitglieds hängt der Erfolg der Bewegung ab. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat das Recht dazu. Dieses den Fabrikanten allein zu lassen, wäre verfehlt. Dann gebietet der auch die Mentschenlichkeit jeder Kollegin und jedem Kollegen, sich für die Verbesserung der Lebenslage der Porzellanarbeiterin mit aller Hingabe einzusehen.

Steingutpreishöhung.

Durch die Presse geht die Nachricht, nach der die Verhöhung deutscher Steingutobjekten glaubt, dass angeblich der weitere Versteigerung der Produktionskosten sich eine Preiss-

erhöhung der Artigware nicht mehr widergehen lassen, doch werde sich diese in mäßigen Grenzen halten und voraussichtlich in Form einer Rabattführung durchführen werden.

Wenn schon die Steingutindustrien eine Preiserhöhung durchführen, hoffen wir, dass diesmal auch die Arbeiterschaft ihren zeitgemäßen Anteil von der Preiserhöhung abbekommt.

Selb.

Die Firma Porzellansfabrik Ph. Rosenthal beschreibt ihre Arbeiter und Arbeiterinnen nun zum dritten Mal mit einer "Werkszeitung". Die Belegschaft hat beschlossen, die es geschenkt nicht mehr anzunehmen, denn für sie gibt es kein Gehalt genügend. Man kann doch einem ausgebauten abgetretenen Arbeiter (wie sie die Bilder der Zeitung zeigen) nicht zumuten, dass er sich mit seinem ganzen Willen in diese Zeitung vertieft und mit den kapitalistischen Verlegern einig geht, dass die Erhöhung der Eisenpreise Berechtigung findet, da ja die Arbeiter pro Stunde 2 Pf. Lohn mehr erhalten. Dafür sollen sich die Werksangehörigen überzeugen, dass durch diese Zeitung ihre Not gelindert wird, oder gar ihr Lohn steigt, denn sonst können sie sich an dieser Zeitung nicht. Rosenthal sollte lieber die Kosten für die Zeitung sparen und die Not seiner Arbeiterfamilien dadurch etwas lindern, dass er das Geld für das Blatt in Form einer Lehnslage an die Arbeiter zahlt. — Kollegen und Kolleginnen, erfasst den Zweck dieser Zeitung, der bestimmt der Anfang zu gelben Werksvereinen ist, handelt es sich in einem Geschäft und nehmst diese Zeitung nicht an; mögen die "Ober" drohen, ausschreiber oder sonst was tun, niemand kann gezwungen werden, Geschente anzunehmen, geben die richtige Antwort, trete dem Karamischen Bund bei, werdet Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Fraureuth.

Die Fraureuther Porzellansfabrik Alt.-Ges. in Fraureuth, die vor kurzem neu gegründete Gesellschaft, ist in das Handelsregister zu Kreis eingetragen worden. Das mit 1 Mill. RM nominierte Aktienkapital ist eingeteilt in 900 Stammaktien und 100 Vorzugsaktien zu je 100 RM. Den ersten Aufsichtsrat bildet Rechtsanwalt Dr. Drabotz-Greiz, Steinzeit-Aufsichtsratsvorsitzender der ersten Porzellansfabrik Fraureuth, Kommerzienrat Moliniack-Berlin und Direktor Arib Schlesinger-Berlin (Michael-Konzern). Zum Vorstand wurde Rechtsanwalt Dr. Bruno Bleu-Berlin bestellt. Die Gesellschaft bezweckt die Fortführung der alten Porzellansfabrik Fraureuth, deren Riemenschleife sie für den Preis von 1190 000 RM sowie die darauf lastende Hypothek von 425 000 RM angenommen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte übernommen hat.

Ob nun der Betrieb tatsächlich aufgenommen wird, geht aus dieser Nachricht auch noch nicht hervor.

Karlsruhe.

In der Staatlichen Majolika-Manufaktur in Karlsruhe beschäftigt die Direktion die Akkordsäge anstatt hinaus, herabzufeuern und sonstige Verblechungen einzuführen. Die Belegschaft setzt sich mit Recht dagegen zur Wehr. Sollte etwa die Firma Arbeitskräfte suchen, so wird auf die Differenzen verwiesen. Zugang ist zu unterbinden!

Landeskonferenz der lippeischen Ziegler.

Und drückt der Winter noch so lebt
Mit grimmigen Gebärden,
Und streut er Eis und Schnee umher,
Es muss doch Frühling werden!

Das war eine Landeskongress der lippeischen Ziegler, die sich sehen lassen konnten! Trost, Sturm und Regen waren sie aus circa 120 Orten unseres Landes gekommen, um Rat zu pflegen und Daten vorzubereiten, die der Zieglerkraft zum Kochle gerieten sollten. Der Königliche Saal in Lemgo, einer der größten in Lippe, in dem auch die Massenversammlungen der lippeischen Ziegler stattfinden, konnte am Sonnabend die erschienenen Zieglerkollegen kaum fassen. Der Massenbesuch einer Tagung zeigt das Interesse eines Betriebs an seinen eigenen Lebensfragen. Aber der Massenbesuch ist nur ein äußerlicher Gradmesser. Daneben kommen noch Stimmung und innere Anteilnahme der Besucher in Betracht. Waren tausend Besucher im Saale gewesen und hätten Trübsal geblasen, dann wäre Arbeit, Pege und Geld "schön vertan". Ganz anders in Lemgo. Hier zeigte sich Masse und Geist in voller Harmonie. Führer und Geführte waren eins im Erkennen und im Wollen, Führer und Masse werden auch eins sein auf dem Kampfplatz des Lebens. Und die Ziegler müssen wirklich kämpfen sein, wenn sie durchkommen wollen.

Die Feierliche Tagung zeigte aber auch alle die Schärfe der bekannten Ziegler aus dem Lande, die in ihren Ortschaften oder Bezirken die Führung darstellen und die Träger der gewerkschaftlichen Verbandsorganisation sind. Auch darauf kommt es an, wer aus einer Ortschaft teilnimmt, wer Rede und Gegenrede anhört und den Beiflüssen aufnimmt.

Um Sonnabend morgen um 11 Uhr sonnte der 1. Vorsitzende des "Keramischen Bundes", Bezirk Lippe, Kollege Konrad Pottbach, die Tagung eröffnen. Außer ihm waren auch noch die Kollegen Linne und Kubach von der Verwaltungsstelle Lemgo des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands am Vorlandstädtisch tätig. Der Verhandlungsleiter begrüßte die erschienenen herzlich, insbesondere Herrn Dröge als geschäftsführendes Mitglied des lippeischen Landespräsidiums, Herrn Meyer als Präsidenten des lippeischen Landtags und Herrn Abgeordneten Schmid als alten Parlamentarier von der Sozialdemokratie als der lippeischen Arbeiterschaft. Pottbach bedankte zuletzt auch den Kollegen Elsner von der Zeitung des "Keramischen Bundes" in Berlin. In Erwideration der Begrüßung nahm Herr Dröge zunächst das Wort. Er sondiert sofort Abschluss an die Massenversammlung und sprach arbeitswirksamkeit. Was vor dem Kriege war und was nach 1918 in Lippe geschah, was die landespolitische Gegenwart erbrachte und was Ansichten der Zukunft mit sich bringen würden, formte Dröge zu einer wundrigen Tatsache: der lippeische Ziegler soll gleichberechtigt an seinem eigenen Geschäft und dem seines Landes mitwirken! Dank und Gelübde im Sinne des 1. Landesbeamten zeigte die Versammlung durch Äußerst starke Beifall, der sich wiederholte, als Präsident Meyer ebenfalls kurze Ausführungen machte, die mehr das Organisationsabsicht betrafen und in der Wohnung zur größten Einigkeit gipfelten. Die Referenten des Tages hatten gut gelernt. Kollege Wisselmeier (Gagel) sprach über Geschichtliche und berufliche Bedeutung der lippeischen Ziegler. Es war trockener Geschichtsstoff, der in der Darstellung des Redners aber lebendig wurde und alle Teilnehmer stark fesselte. Der interessante Teil, der Versammlung entzogen, wurde zum Fundament der Gewerkschafts- und Betriebskongress der Versammlung. Der 2. Referent, Kollege Elsner, stellte sich mit seinem Vortrage über "Der Ziegler im Staat, in der Wirtschaft und im Betrieb" sofort mit beiden Füßen in die Gegenwartswirkung des "Keramischen Bundes". In zahlreichen Beispielen und Schilderungen entzöste der gewandte Redner und Verbandsführer den Wert der gewerkschaftlichen Arbeit und der Aufgaben, die uns noch bevorstehen. In Wirtschaft und Betrieb sollen die Ziegler und Arbeiter nicht bloß "arbeiten", sondern durch die zielbewusste Tätigkeit der Gewerkschaften auch Macht gewinnen.

Genauso wie in allen anderen Industrien die Arbeitgeber den Kampf gegen die Arbeiterschaft aufnehmen, genau so werde-

wir auch in Zukunft mit den Ziegelseitigern den Kampf aufnehmen müssen, wenn wir die Stellung im Betrieb einnehmen, die uns als Arbeiter zusieht. Die Kämpfe in den verschiedenen Industrien im vergangenen Sommer geben uns einen Vorgeschmack von dem, was uns noch bevorsteht. In Mitteldeutschland kämpft die Metallarbeiterchaft um eine geringe Lohnerhöhung, und als Antwort beabsichtigen die Metallindustriellen 400 000 Arbeiter auf die Straße zu werken. So fassen die Arbeitgeber die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Betrieb und im Eltern auf. Sind unsere Ziegelseitigern aus anderem Holz geschnitten? Nein, auch sie betrachten den Ziegler nicht als gleichberechtigten Mitarbeiter im Betrieb, sondern nur als wertschaffende Maschine, die, wenn abgenutzt und verbraucht, zum alten Eisen gemacht wird. Das Organisationsverhältnis der Ziegelseitigern schreitet immer weiter voran. Schon werden alle Ziegelseitigerverbände in ihrem Bereich gegen die Ziegler vom Reichsverband der Ziegelseitigern beeinflusst. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, und auch die Ziegelseitigern sind ein Teil der anderen Industrien umfassenden Vereinigung deutlicher Arbeitgeberverbände mit ihrem gewaltigen Reichschaft. Das Verhalten vieler Ziegelseitigerverbände deutet darauf hin, dass sie in Auseinandersetzung an die anderen Industrien stark genug fühlen, den Kampf gegen die Ziegler auf der außen Linie zu wagen. Eine Lohnerhöhung könnte die Ziegelindustrie nicht mehr tragen, so sagen die Ziegler, weil dadurch die Produktion verteuert würde. Verschließen tun aber die Besitzer der Eisenindustrie, doch sie infolge der Preisstaffel und der Verkaufsvereinigungen die Preise so geregt haben, dass leicht für den Rückständigsten Betrieb ein anständiger Gewinn übrigbleibt. Auch in der Ziegelindustrie schreitet die Technik voran. Der Betrieb wird rationalisiert, die Arbeitskräfte werden im Betrieb weniger und vermehren das Heer der Arbeitslosen. Der Vorteil der Rationalisierung heimt die Besitzer allein ein, wodurch sich die Dividenden der Betriebe erhöhen, trotzdem verlangen die Besitzer immer höhere Leistungen und längere Arbeitszeit. Ein Verdienst von 30 bis 35 RM wöchentlich reicht nicht aus als Existenzminimum für den Ziegler, trotzdem viele Ziegler diesen Verdienst noch nicht einmal haben. Hinzu kommt noch für die Ziegelseitigern die Führung des doppelten Haushaltes. Soll es — trotzdem es gegen früher schon besser geworden ist — besser werden, dann müssen sich die Ziegler aufstellen. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein, sondern sie müssen Mitarbeiter werden. Sie müssen auch im Betrieb wichtige Arbeiten, die für die Organisation von großer Bedeutung sind, leisten. Über jede Neuerung und technische Verbesserung muss sich der Ziegler seine Aufzeichnungen machen, inwieweit die Neuerung sich verbilligt auf die Produktion auswirkt, inwieweit sie die Arbeit erleichtert, oder auch, wieviel Arbeit insoweit der technischen Verbesserung weniger beschäftigt werden. Solche oft den einzelnen Ziegler unwichtig erscheinenden Dinge sind, in ihrer Gesamtheit betrachtet, für die Branchenleitung, wo alles Material bearbeitet wird, von Bedeutung. Die Arbeitszeit der Brennerei muss verkürzt werden; es muss erreicht werden, dass in acht Stunden genug oder noch mehr verdient wird wie in der längeren Arbeitszeit, das gilt auch für die anderen Ziegler. Kurze Arbeitszeit bedingt einen höheren Lohn und lange Arbeitszeit niedrigeren Lohn, dieser Grundtag trifft auch für die Ziegler zu. Die Bestimmungen des Betriebsabteilung müssen auch von den Ziegeln beachtet werden. In seinem Betrieb darf ein Betriebsrat fehlen. Wir müssen verhindern, mehr Einfluss auf die Preisgestaltung der Ziegelseitigern, die von der Organisation verdeckt, von den Betriebsräten gewünscht werden. Sie dürfen nicht nur im Betriebe Arbeiter sein

Dinge so zu beeinflussen, wie es im Interesse der Arbeiter liegt. Daben wir dies erkannt, so müssen wir aber auch daraus lernen, was notwendig ist.

Wichtiger Einfluss im Staat — in der Wirtschaft und auch im Betrieb — muss unsere Parole sein. Dieses Ziel können wir aber nur erreichen, durch eine kompakte Masse, durch die Organisierung der gesamten deutschen Arbeiterschaft in ihren Organisationen und der Biegler im "Keramischen Bund". Als Organisation wollen wir nicht nur allein Lohn- und Arbeitsverträge regeln, sondern wir haben höhere Ziele, um Freude an der Arbeit, aber auch Freude am Leben zu haben.

Brausender Beifall wurde dem Redner für seine Ansprechungen gespendet.

Über "Tariffragen in Rheinland-Westfalen, Hannover-Minden-Dortmund und Lippe" sprachen die Kollegen Heering (Düsseldorf) und Höberhausen (Hannover). Mit Spannung folgten die Kollegen diesen Darlegungen, die den lebhaften Tarifstand zeigten, und was als berechtigte Forderungen der Biegler hinauskommen müste.

Die anschließende Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Gezeigt, was die Kollegen selber erlebt haben, ist äußerst wichtig. Sachlichkeit, Offenherzigkeit und Ehrlichkeit gegenüberliegenden durchgängig die Ausdrücke. Als die Zeit zu weit vorschritt und die Rednerliste zu lang wurde, wurde sie durch einstimmigen Beschluss der Versammlung geschlossen. Als die Abendstunde heranrückte, verzichteten die letzten sechs Redner freiwillig auf das Wort. Mehrere wichtige Entschließungen wurden einstimmig angenommen. Sie werden an anderer Stelle abgedruckt. Mehrere Vorträge wurden dem Vorstand überwiesen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine kurze, aber packende Werberede des Redakteurs Pöhlken für das "Volksblatt" fand volle Zustimmung. Somit war die umfangreiche Tagesordnung erledigt. Gegen 5 Uhr konnte Kollege Elzner sein Schlusswort sprechen. Kurz, wuchtig, gleich Keulenenschlägen waren diese Sätze. Sie fühten noch einmal das Ergeisterung der Versammlung hoch: "Wenn alle Biegler, wenn alle Arbeiter zusammenhalten, dann stürmen wir die Welt!"

Mit einem begeisterten Hoch konnte der Vorsitzende, Kollege Pottbost, die nachdrückliche Anerkennung der lippsischen Biegler schließen.

Nachstehende Entschließungen wurden einstimmig angenommen:

1. Die am 11. Februar in Lemgo tagende Landeskongress der lippsischen Biegler erkennt mit Sorge, dass eine Einschränkung der Baufähigkeit im Sommer 1928 wahrscheinlich ist. Das sind angeblich der nicht als eine Million fehlenden Wohnungen und der vorhandenen Arbeitslosigkeit unverantwortliche Maßnahmen der geistigen Reichsstädte. Die Landeskongress verlangt daher auch für 1928 sofortige Förderung des Wohnungsbauens.

2. Die Landeskongress erkennt mit großer Sorge die Gefahren einer Verschlechterung der Tarife der Biegelindustrie im Falle der eingetretener Baufähigkeit. Es muss erste Rücksicht geben, nicht nur diese Gefahren abzuwehren, sondern im dringlichen Vorgehen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eine weitere Verbesserung der bisherigen Tarife vorzunehmen. Rücksichtnahme erforderlicher Abwehr und Angriffsstöße ist die stärke gewerkschaftliche Verbandsorganisation, der "Keramische Bund" im Verbunde der Fabrikarbeiter. Nicht in einem kleinen und bedeckungslosen Verbandsorganisation können die lippsischen Biegler ihre berechtigten Interessen in der Heimat und an der Arbeitsstätte vertreten, sondern nur in einer Massenorganisation, die es der "Keramische Bund" ist. Einheitlichkeit ist es notwendig, dass die lippsischen Biegler eine einheitliche Front mit den anderen lippsischen Arbeitern bilden, wie sie sich bei den im Januar stattgefundenen Gemeindeabstimmungen schon bewährt hat und in kommenden Fällen noch besser bewähren wird.

Die Landeskongress ruft allen lippsischen Biegler deswegen zu: "Gehen in die Bieglerverbandsorganisation, den 'Keramischen Bund'!"

Orten ja auch schon zugegangen waren. Als Lohnforderung ist 15 Pf. pro Stunde gestellt worden. Unsere Kündigung des Tarifvertrages ist der Arbeitgeberpartei zwangsläufig gekommen. Er hat seinerseits am 27. Januar 1928 gefügt. Seine Abänderungsvorschläge hat er jedoch, trotz Aussprache, noch nicht eingereicht. Kollege Lütge rügte dann noch scharf die schlechte Unterstützung einiger Bahlstellen bei der Organisierung der Bieglerkollegen im Jahre 1927. Dies muss unbedingt anders werden. Statt 50 Proz. der Biegler müssen wir versuchen, hundert Prozent zu organisieren. Alle müssen mithelfen, damit wir vorwärts kommen. Vom Hauptvorstand ist dem Kollegen Lütge in diesem Jahr für einige Wochen ein Bieglerläuter bewilligt worden. Der Kollege Pries, Büba, ist jetzt vorgeschlagen und hat angenommen. Mitte März geht es nun frisch an die Arbeit; die einzelnen Bahlstellen dürfen uns dann ihre Hilfe nicht versagen, und sie werden es nicht, sie werden helfen, eine geschlossene Bieglerarbeitschaft zu schaffen.

Die zur Neugestaltung des Mantel- sowie Lohnvertrages eingegangenen Anträge wurden nach lebhafter Aussprache aus Unzustand der neu zu wählenden Tarifkommission überwiesen.

Zu die Tarifkommission, deren Neuwahl als 3. Punkt auf der Tagesordnung stand, wurden die Kollegen Gühlsdorf, Bismarck, Schmucker, Schwerin, Wartach, Waren, und als Vertreter Rathow, Wennigsen, gewählt.

Zu seinem Schlusswort ermahnte Kollege Lütge die Kollegen noch einmal, alle mitzuarbeiten an der Agitation, um auch in Mecklenburg eine gut organisierte Bieglerarbeitschaft zu schaffen, und schloss mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation die Konferenz.

Walter Pries, Schriftführer.

Abrechnung der Hauptkasse

III. Quartal 1927.

Einnahmen:

	RM
An Kassenbestand II. Quartal 1927	1 154 928,83
Beiträge:	8 700 010,—
Etagenbeiträge	28 608,55
Bahlstellen	30,
Von den Bahlstellen mehr eingesammt	2 684,04
Brodsätze und Bücher	1 816,75
Artothekarten	278,10
Büro eda f	1 226,80
Proletarier	26,17
Gewerkschaftsausgaben	8.
Erziehungsbücher und Litteratur	874,06
Einzelmitglieder	801,45
Paritätsgesetzliche Beiträge	6 401,21
Aus dem Vermögensbestand	9 620,56
Dienst	26 081,98
Übereinstimmung	2 034,50
Sonstige Einnahmen	4 121,91
Verträge der Bahlstellen an die Unfallkasse	7 429,26
Zurück a.d. Zahlr. von den Bahlst. für überschreitende	6 173,80
Von d. Bahlst. z. Rückbehaltene Verträge zurückbezahlt	8 618,84
Summa	4 956 027,12

Ausgaben:

	RM
Bei Gewerkschaftsunterstützung:	
a) An Reisende	1 000,80
b) An Arbeitslose	146 710,66
c) An Kraute	477 842,07
Reisegeld: Bahlstellen	1 194,11
Zahlstellen	4 811,96
Wirkungsregelung	
Umzugsgeld: Bahlstellen	1 568,90
Zahlstellen	12 971,—
Sterbegeld	
Rettungs-Unterstützung: Bahlstellen	40,—
Zahlstellen	8 873,36
Streit-Unterstützung:	8 913,65
An d. Bahlstellen	50 505,80
Märkte und Stempel	1 216 141,80
Brodsätze, Paradiesen, Broschüren u. Telefongeb.	1 578,50
Gew. Adressen	8 012,51
R.Vis. der Hauptkasse und Bahlstellen	90,—
Gewerkschaftsbeiträge	8 825,76
Gehälter	74 801,
Papier u. Druckstoffen des "Proletarier"	49 138,19
Verbindlichkeiten des "Proletarier"	14 429,33
Drucksachen	26 834,—
Satzmachinen, Schreibmaterial	8 7 8,80
Verband- und Bahlstmaterial	94,67
Reiseführer, Bilder, Broschüren, Honorar	6 20,91
Buchbindarbeiten	19 295,25
Bürgemeisterei und Bürobedarf	7 681,81
Büromaterial, Licht u. Reinigung	5 939,80
Fot. u. Photo. u. Reinigung	7 795,24
Konfektionen	8 637,60
An die Gewerkschaften	147,85,05
An den Keramischen Bund (einschließlich Zeitung)	120 000,—
Zuschüsse an die Bahlstellen	17 279,—
Arbeiter- und Wirtschaftssen	478,70
Schulheim Wennigsen	83 615,02
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	20 012,80
Sonstige Zu-gaben	1 321,27
An die Verwaltung verschiedene Bahlstellen u.	12 739,58
Guthaben der Bahlstellen zu ausgezahlt	3 782,17
An den Vermögensbestand	206 630,81
Kassenbestand III. Quartal 1927:	2 132 577,53
Summa	4 956 027,12

Hannover, den 17. Februar 1928

Ernst Großmann, Sekretär

Karl Möhler, I. Präsiert., August Niemeyer, II. Präsiert.,

E. Gremmel, A. Stolte, Revisor.

Wissenswertes in aller Kürze.

4 502 000 Haushaltungen in Deutschland hatten im Jahre 1925 nur 4 523 000 zur Verfügung. Das bedeutet, dass in 18714 insgesamt 56 762 Haushaltungen fehlten; es kamen also auf Weihachten drei und nicht vier Haushaltungen. Anzuhören haben sich die Wohnungsräthelisse nicht gehoben. In der letzten Zeit machen deshalb einjährige Letzte die deutsche Daseinsnotkeit daran aufmerksam, dass dieser Zustand eines Kulturstolzes unverdient ist.

Der Washingtoner Abkommen ratifizierte die luxemburgische Regierung in einer Feierstunde. Das ist ein Zeichen, dass das Abkommen keine Sternschnüre nach Südwärts bedarf, wie es die englische Regierung in Genf verlangte.

Die größte Buchproduktion hat Deutschland. In Deutschland werden nicht weniger als 30 000 Bücher im Jahr auf den Markt gebracht.

Gedächtnis a. d. Dr. Birth wurde in seinem bisherigen Bezirk in Bielefeld nicht mehr als Reichstagsabgeordneter aufgestellt. Dr. Birth gehört dem Zentrum an.

Kollege Karl Görig, Brandenburger der Glasarbeiter, wurde im Wahlkreis Bielefeld-Göring am vierter und einziger Stelle für die Sozialdemokratische Partei als Reichstagsabgeordneter aufgestellt. Kollege Bubmann, Gauk. Leiter der Glasarbeiter, kam an die sechste Stelle der gleichen Liste. Auf der Landtagsliste des gleichen Kreises steht für die gleiche Partei Karl Görig, Gauk. Leiter der Glasarbeiter, an zweiter Stelle.

Hentschel & Sohn G. m. b. H. in Kassel, die größte Glühlampenfabrik in Deutschland, lieferte kürzlich ihre 21 000. Lohnmotive.

Der Photograph, der Stimmschreiber, wurde vor 50 Jahren von dem amerikanischen Erfinder Edison, dem "Baumuster von Menlo Park", erfunden.

Zum Rosenmontag, dem Haupttag des Karnevalstreben in Köln, waren 120 000 Fremde nach Köln gekommen.

Der Provinz Ostpreußen gingen in den letzten sieben Jahren 158 000 Menschen durch Abwanderung verloren. Angeklagt haben sich in der Zeit 35 000. Was müssen für schwere Arbeitsverhältnisse dort bestehen, wenn die Menschen ihre Heimat verlassen.

Das japanische Parlament wurde kürzlich nach einem neuen Wahlrecht gewählt. Den proletarischen Parteien gelang daraufhin zum erstenmal mit sechs Abgeordneten vertreten sein.

Der britischen Industrie war es trotz Dividendenauszahlung für das Jahr 1927 noch möglich, für 300 Millionen Pfund Auslandsanleihen zurückzulaufen. Da heißt es immer, die Industrie verdiente nichts.

Das beschlagnahmt gewesene deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten Amerikas ist nun wieder freigegeben worden. 700 Millionen Reichsmark will es wert sein. Das Geld wird jedoch nicht auf einmal ausgezahlt und in deutsche Hände fließen. Die ehemaligen deutschen Hörsten bekommen, soweit sie drüber Eigentum hatten, nichts dafür vergütet.

Literarisches.

"Internationale Kulturliga." Das unüberholbare Bestreben auf allen Gebieten des menschlichen Denkens und der menschlichen Arbeit internationaler Verständigung bringt es mit sich, dass interessierten Kreisen eine wohl möglichste genaue Übersicht der wichtigsten Geschehnisse zu bieten. Die reiche Fülle von verschiedenartigem Material erfordert dringend eine praktische Einteilung des bearbeiteten Materials, am vornahmend eine Differenzierung vorzubereiten. Viele ähnliche Versuche scheiterten einerseits an diesem Umstand, andererseits an den Sprachschwierigkeiten. Hierzu sei bemerkt, dass das Organ der "Internationale Kulturliga" beziehungsweise dessen selbständigen Beiträgen in der deutschen, französischen, englischen und tschechischen Sprache erscheinen. Die vor einigen Jahren ins Leben gerufene "Internationale Kulturliga" kommt offiziell, wie die gesamten internationales Lebens herauszusuchen. Die zwei ersten Bände haben den Nachweis erbracht, dass nach langem Suchen eine Form gefunden wurde, welche sich an die modernen Arbeitsmethoden anlehnt und in selbständigen Beiträgen Internationalen Kongressen, Kundgebungen, Literatur und derart behandelt. Dem praktischen Manne wird hier Gelegenheit geboten, die gleichen Beiträge in Sammelmappen aufzubewahren und sich Bedarfstage schnellstens über die einzelnen Fragen zu vorgewissern. Die Revue erscheint in Wulfformat, einer Einrichtung, welche vornehmlich den Handel und Raumvermögen dient.

Soeben erschien der dritte Band dieser Revue, welche gleichfalls den Namen "Internationale Kulturliga" trägt und nachstehende Beiträge enthält: Internationale Tagungen, Religionsbewegung, Intuition, Christentum, Islam, Staatsorganisationen, Menschlichkeitssakrument, Weltwirtschaft, Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Betriebskämpfe, Freytagshauswesen, Wohnungen, Gewerkschaftsverein, Privatangestellte, Pässe und Visa, Tourismus, Erziehung, Internationale Schulen, Presse, Das Buch, Esperanto, Die Jugend, Studenten, Der Handel, Seide, Zölle, Finanzen, Indexzettel, Eisenbahnen und Auswanderung. Zu beziehen ist diese Revue durch sämtliche einschlägige Buchhandlungen, welche auch das Abonnement besorgen, sowie durch die Redaktion und Administration, Prinz XI, Szczecin 1739.

Arzberg. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, dass von jedem Sonnabend von 10—12 Uhr durch den Kollegen Kastner (Szczecin) erfragt wird.

All diejenigen Mitglieder, die noch alte, vollgestopfte Mitgliebsbücher in Händen haben, wollen diese an die Hausklassen abgeben. Werter mögen wir darauf aufmerksam, dass Unterstüzung nur an Samstagtagen von 2—4 Uhr nachmittags ausbezahlt wird.

Arbeitsmarkt.

Maler, Spezialist für Planbandselbst mit Goldfassung, zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Werkstattleitung soll von jenseits der 100000 marken bis 150000 marken liegen. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit an Vorstellungsbehörde Marktredwitz, Saarstr. 12 (Szczecin).

Es werden drei lebige Glasbläser sofort eingestellt in Hörsel, Es möchten sich zuverlässige Kollegen melden bei Willi Haud, Hörsel (Westfalen), Nr. 275.